



Worpsweddes Monstrum ist eine Bühne

Bis zum 22. August erzählt die Cosmos Factory am Weyerberg allabendlich die Geschichte eines monströsen Gedenksteins, der abwechselnd Siegesmal und Gefallenemal sein sollte. Zeitlos aktuell ist der Blick des Dokudramas „Niedersachsenstein“ auf die Abhängigkeit aller Künstler von Geld und Macht. FOTO: MANFRED BELOW **Bericht Seite 31**

ANZEIGE

museumszeit

Thomas Hirschhorn baut eine Ruine

Die Entdeckung der Dinge

Heute in Ihrer Tageszeitung.

WESER KURIER

Pflege fürs Paradies



Ralph Schulze
über Steuern auf Mallorca

Mallorca ist Europas beliebteste Urlaubsinsel. Und deswegen schlägt die Ankündigung, dass dieses Ferienparadies nun von den Urlaubern eine Fremdenverkehrsabgabe kassieren will, besonders hohe Wellen. Neue Steuern, die den Urlaub auf der ans Herz gewachsenen Insel verteuern, lassen logischerweise zunächst wenig Freude aufkommen.

Auf Mallorca ist es wie fast überall in der Welt: Das Geld, das die vielen Touristen dem Staat einbringen, reicht nicht für alles, was er bezahlen muss – vor allem nicht, um die Insel für den wachsenden Tourismus zu rüsten. Die Sonnenoaase leidet zunehmend unter dem Urlauberansturm: Wälder, Dünen, bedrohte Küstenabschnitte müssen geschützt, Straßen, Trinkwassernetz und Strandzugänge ausgebaut werden.

Vor allem deswegen zieht die neue Mitte-Links-Regierung auf der Balearen-Insel nun die Notbremse. Sie will den wild wachsenden Fremdenverkehr in geordnete Bahnen lenken. Dazu gehört, von Ende 2016 an eine „ecotasa“ (Umweltabgabe) zu erheben, mit der die Tourismus-Infrastruktur spürbar verbessert werden soll.

Dass diese Extrazahlung in Höhe von ein bis zwei Euro pro Kopf und Nacht die Urlauber verschrecken könnte, wie Hoteliers befürchten, ist unwahrscheinlich. Schließlich sind solche Abgaben – anderswo heißen sie Bettensteuer, Kurbeitrag oder Ortstaxe – vielerorts normal. Dass solche „Urlaubssteuern“ wenig Einfluss aufs Geschäft haben, lässt sich auch in Berlin, Paris oder Rom sehen: Dort sind die Gästezahlen nach der Einführung der Übernachtungssteuer nicht gesunken, sondern gestiegen. politik@weser-kurier.de

KOPF DES TAGES

Sina Ataeian Dena



An diesem Sonnabend werden beim 68. Filmfestival in Locarno die Preise vergeben, und die deutsche Filmbranche fiebert mit – die deutsch-iranische Koproduktion „Paradise“ von Sina Ataeian Dena hat

große Chancen auf den Goldenen Leoparden. Der Film porträtiert eine junge Lehrerin in Teheran und ist ohne Erlaubnis der Behörden entstanden. Sollte Dena gewinnen, wäre dies nach dem Goldenen Bären für Jafar Panahi „Taxi Teheran“ in Berlin bereits der zweite große Erfolg für das regimekritische iranische Kino in diesem Jahr.

WETTER

Tagsüber 25°

Nachts 16°

Niederschlag 80%

Wechselhaft, noch warm
Ausführliches Wetter Seite 8

Streit über Altersschätzung von Flüchtlingen

Bremer Verwaltungsgericht fordert von Sozialbehörde zuverlässigere Diagnosen / Ärzte wehren sich

VON SILKE HELLWIG

Bremen. Wie schätzt das Sozialressort das Alter von unbegleiteten Flüchtlingen ein, die nach Deutschland kommen und angeblich minderjährig zu sein, ohne entsprechende Papiere vorlegen zu können? Bislang waren damit laut Sozialressort „erfahrene Case-Manager“ betraut. In einem „leitfadengestützten Interview“ mit Dolmetschern wurde das Aussehen der Flüchtlinge begutachtet, aber auch Angaben zum Lebenslauf überprüft. Ergeben sich Widersprüche, wird die Minderjährigkeit in Zweifel gezogen. Anders als in Hamburg und Berlin wird in Bremen auf eine medizinische Untersuchung verzichtet.

Die Bremer Art der Altersdiagnose könnte künftig nicht mehr reichen: Das Verwaltungsgericht hat in einem Eilverfahren eines Flüchtlings, den das Sozialressort entgegen seinen Angaben als volljährig eingestuft hatte, diese Einschätzung als unzureichend zurückgewiesen und eine zuverlässigere Altersdiagnostik gefordert. Diese setze voraus, „dass im Wege einer zusammenfassenden Begutachtung die Ergebnisse der körperlichen Untersuchung, gege-

benenfalls auch einer Röntgenuntersuchung der Hand und der Schlüsselbeine sowie einer zahnärztlichen Untersuchung zu einer abschließenden Altersdiagnose zusammengeführt werden“. Ob ein Flüchtling volljährig ist, hat gravierende Folgen: Minderjährige müssen kein Asylgesuch einreichen. Sie stehen als Jugendliche unter besonderem Schutz, können nicht abgeschoben oder einem anderen Bundesland zugeteilt werden.

In der ersten Hälfte dieses Jahres ist laut David Lukaßen, Sprecher des Sozialressorts, bei 399 Flüchtlingen das Alter eingestuft worden. 108 Personen wurden entgegen ihrer Angaben als volljährig eingestuft. 79-mal wurde Widerspruch eingelegt. Aber erstmals habe das Gericht festgestellt, dass eine zuverlässigere Methode zur Altersdiagnostik gefunden werden müsse als die bisher praktizierte. Bei der zuständigen Kammer sind im ersten Halbjahr 2015 laut Sprecherin Verena Korrell 26 Eilanträge eingegangen, bei denen es um die Ablehnung der Inobhutnahme oder deren Aufhebung ging, weil ein Flüchtling nicht minderjährig sei. 22 Anträge seien erledigt, um die Art der Altersdiagnose sei es

bisher nicht gegangen, „weil die Behörde häufig nicht eine erforderliche Ermessensentscheidung getroffen hat“.

Strittig unter Experten ist, wie zuverlässig das Alter über medizinische Untersuchungen bestimmt werden kann. Diskutiert wird nicht nur die Genauigkeit der Methoden, sondern auch, ob sie ethisch vertretbar sind. In Hamburg wird darauf verwiesen, dass die Untersuchungen – auch der Genitalien – freiwillig seien. Allerdings riskieren Flüchtlinge, die sich der Untersuchung verweigern, als volljährig eingestuft zu werden, wenn es keine andere Art der Alterseinstufung gibt.

Der Deutsche Ärztetag hat 2007 beschlossen, „jegliche Beteiligung von Ärzten zur Feststellung des Alters von Ausländern mit aller Entschiedenheit abzulehnen“. Auch die Präsidentin der Ärztekammer Bremen, Heidrun Gitter, hält nichts davon. Bei Röntgenuntersuchungen zeige sich zwar, ob Wachstumsfugen geschlossen seien, „aber auf den Monat genau lässt sich das Alter nicht bestimmen. Man kann es nur weiter eingrenzen.“ Die Streuung könne durchaus zwei Jahre umfassen. Für ein derart wenig präzises Verfahren Menschen mit Strah-

len zu belasten, sei nicht vertretbar. Gitter: „Eine Strahlenbelastung sollte einen medizinischen Grund haben.“

Vor allem aber verwahre sie sich dagegen, dass „Mediziner von der Politik missbraucht werden“. Es könne nicht sein, dass Flüchtlingen, Mitarbeitern des Sozialressorts und Medizinern aufgebürdet werde, was die Regierung nicht eindeutig regeln könne oder wolle. Auch aus zahnmedizinischer Sicht sei eine genaue Altersbestimmung unmöglich, sagt Wolfgang Menke, Präsident der Zahnärztekammer Bremen. Es seien lediglich „Gruppenbestimmungen“ möglich; also die Zugehörigkeit zur Altersgruppe der Zwölf- bis 14-Jährigen beziehungsweise junger Erwachsener von 17 bis 20. Das räumt auch das Gericht ein, es ergänzt jedoch: „Die Unsicherheiten sind aber nicht so weitreichend, dass Aufwand und Nutzen in keinem Verhältnis stehen und es aus Sicht des Betroffenen daher von vornherein unverhältnismäßig erschiene, entsprechende Untersuchungen auf sich zu nehmen.“

Das Sozialressort prüft laut Lukaßen derzeit, wie mit dem Beschluss umgegangen werden soll. **Kommentar Seite 2**

Eurogruppe billigt Griechenland-Hilfe

Brüssel-Athen. Der Weg für das neue Griechenland-Hilfsprogramm ist so gut wie frei. Die Finanzminister der Euro-Staaten akzeptierten am Freitagabend in Brüssel die zuvor von Experten ausgehandelten Bedingungen für die geplanten Kredite von bis zu 86 Milliarden Euro. Das berichteten Diplomaten nach einer Sondersitzung in Brüssel. Nun müssen nur noch der Deutsche Bundestag und einige andere nationale Parlamente das Hilfsprogramm billigen. Eine Ablehnung dort gilt als äußerst unwahrscheinlich. Griechenland könnte dann am kommenden Donnerstag fällige Schulden in Höhe von 3,4 Milliarden Euro mit Mitteln aus dem neuen Hilfsprogramm begleichen. Gibt es doch noch unerwartete Hindernisse, müsste eine weiterer Überbrückungskredit her. Das Hilfsprogramm sieht vor, dass die neuen Kredite nur gegen weitreichende Reform- und Sparzusagen ausbezahlt werden. Dies sind zum Beispiel Steuererhöhungen und Änderungen am Rentensystem.

Nach einer hitzigen nächtlichen Marathondebatte hatte das griechische Parlament am Freitagmorgen das dritte Hilfsprogramm und die damit verbundenen Sparauflagen gebilligt. Ministerpräsident Alexis Tsipras, der bei der Abstimmung nur 118 der 162 Abgeordneten seiner eigenen Links-Rechts-Koalition hinter sich bringen konnte, will nun binnen einer Woche die Vertrauensfrage im Parlament stellen. **Standpunkt Seite 2-Bericht Seite 4**

VERMISCHTES

Unvergessene Kaugummi-Automaten

7

Hunderte von Kaugummi-Automaten betreibt Aufsteller Horst Rohde aus Etelsen in und um Bremen. Bundesweit gibt es nach Angaben des Bundesverbandes der Warenautomatenaufsteller etwa 500.000.

BREMEN

Mit „Ayla“ über die Meere

12 und 13

Amy ist 24, stammt aus Australien, hat Zirkuspädagogik studiert, als Sozialarbeiterin gearbeitet und den Job hingeschmissen. Jetzt segelt sie als Trainee auf der spanischen „Ayla“.

DER NORDEN

FDP-Mann Dürr rechnet mit Rot-Grün ab

16

FDP-Fraktionschef Christian Dürr sieht die Personalpolitik der Landesregierung kritisch. „Man hat schon den Eindruck, dass Rot-Grün die Verwaltung aufbläht, um verdiente Parteifreunde zu versorgen“, sagt er.

SPORT

Skripnik fordert Geduld

25

Vor Werders Bundesliga-Auftakt an diesem Sonnabend gegen Schalke 04 hat Viktor Skripnik mehr Geduld mit seinen jungen Spielern gefordert. „Sie werden sich nur entwickeln, wenn sie spielen und auch Fehler machen dürfen“, sagte der Trainer im Interview mit dem WESER-KURIER.



RUBRIKEN

Beruf & Karriere S 1	Lesermeinung 4
Familienanzeigen 6, 19	Rätsel & Roman 28
Fernsehen 29	Veranstaltungsanzeigen 6
Immobilien & Wohnen 11	Heute mit Fahrzeugmagazin On Tour	

USA eröffnen Botschaft auf Kuba

Havanna. Historische Bilder aus Kuba: Die USA haben nach mehr als einem halben Jahrhundert wieder ihre Flagge an einer Botschaft in dem sozialistischen Karibikstaat gehisst. US-Außenminister John Kerry war als erster amerikanischer Chefdiplomate seit 1945 für die feierliche Zeremonie nach Havanna gereist. Hunderte geladene Gäste und Schaulustige verfolgten das Geschehen vor Havannas Uferpromenade Malecón. Beide Länder hatten erst am 20. Juli ihre Beziehungen normalisiert. Sie waren im Januar 1961 auf einem Höhepunkt des Kalten Krieges zwischen West und Ost abgebrochen worden. Kuba eröffnete bereits vor drei Wochen seine Botschaft in Washington.

„Das Ziel all dieser Veränderungen ist, den Kubanern zu helfen, sich mit der Welt zu verbinden und ihre Leben zu verbessern“, sagte Kerry. „Habt keine Angst.“ Zugleich mahnte er wegen Menschenrechtsverstößen. Washington werde die kubanische Regierung weiterhin dazu drängen, ihre Verpflichtungen aus internationalen Verträgen einzuhalten. Es sei klar, dass beide Staaten trotz der neuen Diplomatie nicht immer einer Meinung sein würden. Nach dem Hissen der Flagge stand für Kerry ein Gespräch mit seinem kubanischen Amtskollegen Bruno Rodríguez auf dem Programm. Anschließend traf er Regimekritiker, die zum Termin an der Botschaft nicht eingeladen waren. **Kommentar Seite 2-Bericht Seite 5**

H 7166 • 28189 BREMEN

